Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 52. | Samstag den 2. März 1929. | 87. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Die vergangene Woche stand im ganzen Reich im Zeichen der Aufklärung und Belehrung zur Verhütung von Unfällen. Angesichts der erschreckenden Zunahme von Unfällen aller Art in Fabriken, im Gewerbe, Handwerk, Landwirtschaft, auf der Straße, im Haushalt, war es ein glücklicher Gedanke, mit der Veranstaltung einer Reichsunfallverhütungswoche den Anfang einer systematischen Aufklärung im Sinn der Unfallverhütung zu machen. Alle Werbung und Propaganda wurde konzentriert auf das Eine: Halte die Augen offen und sei vorsichtig! Durch Belehrung in Wort und Schrift, vor allem in der Presse und mittels Rundfunk, durch Flugblätter, Postkarten, Plakate, Filmvorführungen, Ausstellungen, Vorträge wurde der Versuch gemacht, den Gedanken der Unfallverhütung systematisch bis ins letzte Dorf zu tragen. Zwar können nicht alle Unfälle vermieden werden, sowenig wie die Krankheiten jemals ganz aufhören, aber durch tatkräftige Maßnahmen muß sich doch eine wesentliche Verringerung der Unfälle, die sehr oft verschuldet sind, durch Rücksichtslosigkeit, Fahrlässigkeit, Unachtsamkeit, auch durch Alkohol, erreichen lassen.

In den letzten Wochen konnte man mehrfach von Parlamentariern hören, daß die württ. Regierung die Deutsche Volkspartei so gut schon wie in der Tasche habe, daß es nur noch eine Frage der Zeit sei, wann die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintrete. So rosig sieht die Sache in Wirklichkeit doch nicht aus. Die eingeweihten und maßgebenden Kreise sind sich jedenfalls vollkommen darüber klar, daß die Stellung der württ. Regierung heute so unsicher wie je ist, und daß die Gefahr einer Regierungskrise, und zwar in gar nicht zu ferner Zeit, durchaus möglich ist. Das hat Kultminister Dr. Bazille auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen am letzten Sonntag, wie auch der deutschnationale Landesvorsitzende, Rechtsrat Hirzel, unlängst in Tübingen wie auch letzthin in Heilbronn ganz deutlich zum Ausdruck gebracht. Uebereinstimmend glauben beide, daß die württ. Regierung bei der Beratung des Kultetats im April und Mai dieses Jahres, vor allem bei der Frage der Lehrerbildung, ihre Feuerprobe werde zu bestehen haben. Mag in persönlicher Beziehung sich zwischen der Deutschen Volkspartei und der Regierung eine Annäherung insofern vollzogen haben, als die Deutsche Volkspartei die Person des Kultministers Dr. Bazille nunmehr konzedieren will, in sachlicher Beziehung sind die Gegensätze unverändert stark und groß. Eben in der Frage der Lehrerbildung haben die Regierungsparteien, die die vollakademische Lehrerbildung infolge der hohen Kosten, nämlich 7 Millionen Mark mehr an Gehältern, ablehnen, sowohl den Christlichen Volksdienst wie die Deutsche Volkspartei, die bislang die Regierung in entscheidenden Fragen gestützt haben, zu entschiedenen Gegnern. Ein Kompromiß scheint ausgeschlossen, nachdem die Deutschnationalen in Heilbronn erklärt hatten, lieber aus der Regierung ausscheiden zu wollen, als sich eine Politik aufzwingen lassen zu wollen, die sie in ihrer Auswirkung staatsschädlich halten. Die Regierung kann wohl leicht gestürzt werden, aber was nachkommt, weiß niemand. Da das Zentrum nicht die geringste Neigung zeigt, mit der Linken zusammenzugehen, besteht die Gefahr, daß wir auch in Württemberg ähnlich wie im Reich einer Dauerkrise entgegengehen, die jede planmäßige Regierungsarbeit unmöglich macht.

Zehn Monate dauert nunmehr im Reich die Krisis und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Eine nicht unbeträchtliche Schuld an der Erschwerung der Lage hat die Preußenfraktion der Deutschen Volkspartei auf sich geladen, mit ihrem Verlangen, unbedingt und ohne jede Konzession, in die preußische Regierung einzutreten. Die preußischen Regierungsparteien, die die Deutsche Volkspartei zum Regieren gar nicht brauchen, da sie ohnedies die Mehrheit haben, haben aber ebenso entschieden die Forderungen der Deutschen Volkspartei zurückgewiesen. Wer als Bittender kommt, darf nicht übertriebene Ansprüche geltend machen. Ueber diesen Starrsinn der Preußenfraktion der Deutschen Volkspartei ist vor allem der Führer der Deutschen Volkspartei im Reich, Dr. Stresemann, in Harnisch gekommen, der jetzt den Versuch macht, auf die Deutsche Volkspartei in Preußen im Sinn einer Aenderung ihrer unmöglichen Haltung einzuwirken. Durchaus berechtigt ist die Mahnung des Reichskanzlers Müller, endlich Mut zur Verantwortung zu zeigen, nur wirkt die Mahnung etwas deplaziert aus dem Munde eines Mannes, der in der Panzerkreuzerfrage gegen die eigene Vorlage gestimmt hat.

In der Außenpolitik interessieren in erster Linie die Reparationsverhandlungen in Paris. Man hat einen Fünferausschuß eingesetzt, der Vorschläge über die Transferierung der deutschen Jahresleistungen machen soll. Die Vorschläge gehen nun dahin, einen Transferschutz nur für einen Teil der deutschen Annuitäten zuzulassen: der übrige Teil soll bedingungslos übertragen werden. Gegenüber dem Dawesplan, der die gesamten deutschen Zahlungen unter den Transferschutz stellt, bedeutet dieser Vorschlag eine nicht unwesentliche Verschlechterung. An den Kern der ganzen Sache, nämlich die ziffernmäßige Feststellung der deutschen Reparationsschuld, ist man auch in dieser dritten Verhandlungswoche noch nicht herangetreten.

Deutschland.

Berlin, 1. März. Während in Rußland die Brotkarte eingeführt werden mußte, hat der Sowjetbotschafter in Berlin, Krestinski, im Botschaftspalais Unter den Linden am 21. Februar ein fürstliches Essen gegeben, das folgende Speisen aufwies: Kaviar-Balik, Geflügelcremesuppe à la Linné. — Rheinsalm gekocht mit Sauce Venezienne. — Brüsseler Poularde, Schnepfencrouton, Rußkartoffeln, Salade Alice. — Grüne Spargelspitzen mit Trüffelstücken. — Ananas à la Paive und petits fours. — Warmes Käsegebäck. Dazu natürlich Sekt und andere edelste Weine. Das kostbare alte Porzellan, auf dem serviert wurde, stammte noch aus der Zarenzeit und es war noch mit allen Emblemen des kaiserlichen Rußlands versehen. Verzehrt wurde das Schlemmermahl mit schweren Silberbestecken, auf denen Hammer und Sichel eingraviert waren.

Ein unfreundlicher Akt der Rheinlandkommission.

Köln, 1. März. Die deutsche Behörde hatte an die Rheinlandkommission das Ersuchen gerichtet, zu gestatten, daß bei der drohenden Eis- oder Hochwassergefahr Schupo-Abteilungen aus Bonn und Frankfurt in den der zweiten und dritten Zone nächst benachbarten Städten zur Hilfeleistung zugezogen würden. Die Rheinlandkommission hat dies nicht genehmigt und ihre ablehnende Haltung damit begründet, es könnten ja im Notfalle auch Besatzungstruppen eingreifen. Dieses Verhalten der Rheinlandkommission kann man nur bedauern, da es wenig Verständnis für die Hilfsaktion zeigt. Keineswegs können Besatzungssoldaten gleiche Hilfe leisten wie deutsche Polizeimannschaften. Andererseits ist nicht einzusehen, wie etwa Polizeiabteilungen die „Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden" könnten, das einzige Argument, das der Ablehnung der Rheinlandkommission eine Handhabe bieten könnte.

Die Beisetzung des ermordeten Primaners Kleier.

Berlin, 28. Febr. Nachdem schon am Vormittag eine Trauerfeier für den ermordeten Jungstahlhelmer Kleier in der Oberrealschule in Pankow stattgefunden hatte, erfolgte dessen Beisetzung am Nachmittag auf dem Kirchhof an der Bahnhofstraße. Es waren zahlreiche Fahnenabordnungen des Stahlhelms und anderer Verbände zugegen. Auch die Schüler der Oberklassen der Pankower höheren Lehranstalten waren mit ihren Lehrern zur Stelle. Nach der Einsegnung der Leiche in der Friedhofskapelle erfolgte die Ueberführung zur Gruft unter den Klängen einer Stahlhelmkapelle durch ein Spalier, das von den Kameraden des Toten gebildet war. An der offenen Gruft sprachen u. a. im Namen der Bundesleitung des Stahlhelm, Major v. Stephani, und der Führer des Jungstahlhelms, Görnemann. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung war ein starkes polizeiliches Aufgebot bereitgestellt. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Ausland.

Warschau, 1. März. Im Heeresausschuß des polnischen Senats richtete Marschall Pilsudski heftige Angriffe gegen den Sejm, den er des Diebstahls und der Verschleuderung von Staatsgeldern beschuldigte.

Rom, 1. März. Die Polemik der italienischen Presse gegen England im Zusammenhang mit den holländischen Enthüllungen hat eine starke Entfremdung zwischen Italien und England herbeigeführt.

Pariser Drohungen gegen die deutschen Reparations-Sachverständigen.

Paris, 1. März. Das poincaristische „Echo de Paris" beurteilte bisher den Verlauf der Sachverständigen-Konferenz mit einem gedämpften Optimismus. Heute sieht das Blatt die Lage plötzlich grau in grau und teilt mit, daß die Befürchtungen, es könne zu einem Scheitern der Konferenz kommen, nicht unbegründet seien. Das allein wäre aber nichts besonderes. Wichtiger erscheint, daß das „Echo de Paris" alle Anstalten trifft, um die Schuld an der angeblichen Gefährdung der Sachverständigen-Konferenz den deutschen Delegierten zuzuschreiben. „Die Deutschen treiben eine unerhörte Propaganda und setzen allen Lösungsversuchen Widerstand entgegen," schreibt das „Echo de Paris" und fährt fort: „Die persönliche Haltung Dr. Schachts ist die wahre Ursache der gegenwärtigen Krise." Das Blatt wiederholt seine bereits gestern aufgestellte Behauptung, daß sich Dr. Schacht eine große Popularität in Deutschland verschaffen wolle, um nachher seine ehrgeizigen politischen Pläne zu verwirklichen. Deshalb stelle er die These auf, daß Deutschland infolge seiner Abhängigkeit von auswärtigen Anleihen nicht in der Lage sei, höhere Zahlungen zu leisten. Diese ablehnende Haltung gegenüber allen entgegenkommenden Vorschlägen der anderen Delegationen habe, wie „Echo de Paris" meint, die Aussichten auf ein Gelingen der Konferenz sehr verschlechtert. „Wenn Dr. Schacht diese Taktik weiter betreibt, wird er nicht uns schaden, sondern seinem eigenen Lande. Das muß man in Deutschland wissen," schließt „Echo de Paris" seinen Drohartikel, dessen Tendenz nur allzuklar auf der Hand liegt.

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Frost.

All euer girrendes Herzeleid
tut lange nicht so weh
wie Winterkälte in dünnem Kleid,
die bloßen Füße im Schnee. Ada Christen.

Viel Kälte ist unter den Menschen, weil wir nicht wagen, uns so herzlich zu geben, wie wir sind. Schweitzer.

Ach komm, füll unsre Seelen ganz,
du gnadenreicher Liebesglanz,
du väterlich Erbarmen!
Von deiner Glut
laß Herz und Mut
recht inniglich erwarmen.
Viktor von Strauß und Torney.

Neuenbürg, 2. März. Gestern abend brachte der Liederkranz seinem passiven Mitglied, Stadtschultheiß Knodel, anläßlich dessen ehrenvollen Wiederwahl ein gelungenes Ständchen, nach welchem in gegenseitigen Ansprachen von Vorstand Gollmer und dem Gefeierten herzliche Glückwünsche und Dankesbezeugungen ausgetauscht wurden, die im „Schiff" in Gesängen, Reden und Toasten nachklangen und in dem Gelöbnis gegenseitigen, treuen Zusammenhaltens auch in kommender, nicht weniger schweren Zeit ausmündeten.

Neuenbürg, 2. März. (Stuttgarter Schwarzwaldwasserversorgungspläne.) Nachdem die Stadt Stuttgart neuestens erklärt hat, unter allen Umständen an dem Schwarzwaldwasserprojekt festhalten zu müssen, haben sich die sämtlichen Gemeinden des Enztals zur Abwehr gegen die Stuttgarter Pläne gestern im Rathaus in Pforzheim zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Notgemeinschaft, „Enztalschutz" genannt, hat nach Entgegennahme eines eingehenden Referats des städt. Baudirektors Seibel-Pforzheim den festen Entschluß kundgegeben, sich den Stuttgarter Plänen, deren Verwirklichung entgegen den Stuttgarter Behauptungen, für das ganze Enztal schwersten Schaden bedeuten würde, geschlossen und bis aufs äußerste zu widersetzen. Die Notgemeinschaft hat beschlossen, einen Arbeitsausschuß einzusetzen mit der Aufgabe, die Interessen des Enztales gemeinsam wahrzunehmen und den beteiligten Körperschaften und interessierten Verbänden, mit welch letzteren engste Fühlung gehalten werden wird, Vorschläge über die jeweils gebotenen gemeinsamen Abwehrmaßnahmen zu unterbreiten. In den Arbeitsausschuß wurden einstimmig gewählt: vom oberen Enztal Landrat Lempp in Neuenbürg, Stadtschultheiß Bätzner in Wildbad, vom unteren Enztal Oberbürgermeister Dr. Gündert in Pforzheim und Baudirektor Seibel in Pforzheim, Schultheiß Wörner in Dürrmenz-Mühlacker, Stadtschultheiß Linkenheil in Vaihingen/Enz, Stadtschultheiß Schmidblaicher in Bietigheim.

Neuenbürg, 1. März. Der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser", der sich den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge zu einer seiner wichtigsten Aufgaben gemacht hat, hat für das Jahr 1929, in dem sich zum 10. Male der Tag der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles jährt, ganz besondere Kundgebungen gegen die in diesem Vertrag enthaltene Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg vorgesehen. In den meisten Orten unseres Vaterlandes sind solche Kundgebungen unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung machtvoll und erhebend verlaufen. Auch wir in Stadt und Bezirk Neuenbürg dürfen in diesem Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, die eine Ehrverletzung und Demütigung Deutschlands bedeutet, wie sie noch keinem Volke widerfahren ist, nicht gleichgültig beiseitestehen. Der Bezirks-Kriegerverband erachtet es als eine vaterländische Pflicht auch hier eine große Protestkundgebung durchzuführen. Hiefür wurde der kommende Sonntag, 10. März, bestimmt. Als Redner wurde Herr Pfarrer Zier in Ottenhausen (früher in Straßburg i. Els.) gewonnen. Näheres wird noch im „Enztäler" bekanntgegeben. Wir möchten aber heute schon zu allseitiger Teilnahme einladen. S.

Neuenbürg, 28. Febr. Die Schneiderzwangsinnung des Oberamtsbezirks Neuenbürg hielt letzten Montag ihre Generalversammlung im Gasthaus zur „Eintracht". Ueber die Geschäfte des verflossenen Jahres gab Obermeister Höll-Birkenfeld einen umfassenden Bericht und kam besonders auf die schön verlaufene und lehrreiche Autofahrt nach Stuttgart zur Textilausstellung zurück, die gute Eindrücke hinterlassen hat. Nachdem der Schriftführer das letzte Protokoll verlesen und der Kassier seinen Bericht, der den Verhältnissen entsprechend, befriedigte, der Versammlung unterbreitet hatte, wurde zum Hauptpunkt Neuwahlen geschritten. Obermeister Höll-Birkenfeld wurde einstimmig wiedergewählt und liegt dieses Amt bei ihm in den besten Händen. Zum Schriftführer wurde wiederbestellt Eduard Röck-Neuenbürg und zum Kassier Karl Finkbeiner-Neuenbürg. Als Beisitzer funktionieren weiter Otto Vischer-Conweiler und Mixinger-Wildbad. Die laut Satzung ausgeschiedenen Beisitzer Bertsch-Schömberg, Zimmermann-Herrenalb und Zoll-Engelsbrand wurden wieder- und E. Roth-Gräfenhausen neugewählt. Der neu zusammengesetzte Gesellenprüfungsausschuß besteht aus den Herren: Ehrenobermeister Knöller-Neuenbürg, Obermeister Höll-Birkenfeld, Karl Finkbeiner-Neuenbürg und W. Großmann-Arnbach. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt und das nächste Versammlungslokal bestimmt worden war, schloß Obermeister Höll die gut verlaufene Versammlung.

Neuenbürg, 28. Febr. (Bauernregeln im März.) Der März ist ein Gärer und Erneuerer in der Natur. Er ist der Monat der Rebellion. Bauernregeln, die auf die Witterung im März anspielen, gibt es eine ganze Menge. Die bekanntesten lauten: Ein grüner März erfreut der Bauern Herz, lieber mag es noch ein paar Wochen kalt sein, als daß die Kälte im April und Mai nachhinkt. — Was der März nicht will, holt sich der April; was der April nicht mag, steckt der Mai in den Sack. — Märzenblüte ist ohne Güte. Im Märzen kalt und Sonnenschein, wird eine gute Ernte sein. Vor allem soll der März trocken sein; denn: Märzenschnee, tut Wiesen und Feldern weh. — Trockener März und feuchter April, tuts dem Landmann nach seinem Will'. — Auf Märzenregen folgt kein Sommersegen. — März trocken, April nah, Mai lustig und von beiden was. — Ein feuchter, sauler März ist des Bauern Schmerz. — Ist Marien schön und rein, wird das Jahr sehr fruchtbar sein. — Wie das Wetter an Vierzig Ritter (9. März) ist, so bleibts 40 Tage lang. — Wenn an Georgi (12. März) grobes Wetter ist, geht der Fuchs aus der Höhle, ist es aber schön, so bleibt er noch 14 Tage darin. — Josef klar, gibt ein gutes Honigjahr. — Ist Kunigunde tränenschwer, so bleibt gar oft die Scheune leer. — Ist vor Mariä Verkündigung der Himmel hell und klar, bedeutet es ein gutes Jahr; kommen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Reben nach dem Tag, den Reben kein Frost mehr Schaden mag. — Andere Bauernregeln vom März sind noch folgende: Gewitter im Märzen gehen dem Landmann zu Herzen. — Wenn im März viel Winde wehn, wirds im Maien warm und schön. — Wenns donnert in den März hinein, wirds eine gute Ernte sein. — Zu frühes Säen ist nicht gut, zu spätes Säen auch übel tut. — Märzgewitter zeigen an, daß große Winde ziehen heran. — Aus all diesen verschiedenen Bauernregeln ist zu ersehen, daß die beste Märzwitterung in nicht allzu starker und trockener Kälte besteht. Der Bauer liebt es nicht, wenn die Witterung allzu rasch in warme Frühlingstemperatur umschlägt.

(Wetterbericht) Unter dem Einfluß des über Großbritannien liegenden Hochdrucks ist für Sonntag und Montag bei nördlichen Winden immer noch frostiges Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 27. Febr. Sonntag nachmittag hielt die Feuerwehrkapelle im „Löwen" ein Konzert ab, das mit einem schneidigen Marsch eröffnet wurde. Die Stückfolge wies neben gediegenen Nummern bekannter Meister auch humoristische Darbietungen musikalischer Art auf, so die Humoresken „Turner-Damenkapelle" und „Der Eulenspiegel" sowie „Der Musikantenstreit", die große Heiterkeit hervorriefen. Eine Gipfelleistung war die Wiedergabe von „Der Nachtschwärmer", Walzer mit Gesang, der eine Wiederholung erfuhr. Flotte Märsche bereicherten das Konzert, das einen stärkeren Besuch verdient hätte.

Calmbach, 1. März. (Von der Evangelisation.) Seit letzten Mittwoch geschieht in unserer Gemeinde eine Arbeit, die nichts gemein hat mit dem Hasten und Drängen, das für gewöhnlich unser Tun beherrscht, sondern die darauf abzielt, dem Innenleben der verkümmerten Seele neue Kraft und Stärkung zu geben. Wer einmal an diesen Abenden den Weg zur Kirche gefunden hat, der wird sicherlich die Ueberzeugung gewonnen haben, daß diese religiösen Volksvorträge mit ihren lebenswahren Beispielen und ernsten Mahnungen jedem suchenden Menschen Antwort geben können auf so vielerlei, was sein Herz beschwert. Die wachsende Zuhörerschaft bewies das starke Interesse für solch eine Sonderarbeit. Evangelist Adelheim wird an den nächsten Abenden u. a. über folgende Themen reden: Auf falschen Wegen — Ist Heilsgewißheit eine Tatsache oder eine Anmaßung? — Du und Deines Hauses Glück — Das Gewissteste alles Wissens — Ein Blick in die Zukunft. Die Vorträge finden abends um 8 Uhr statt; an den Sonntagen werden auch nachmittags um 3 Uhr Vorträge gehalten. Werktags um 3 Uhr soll denen gedient werden, die ein Interesse für Förderung ihres Christenstandes haben. Es sollte nun niemand an dieser Veranstaltung vorübergehen, im Gegenteil, wer noch irgendwie Interesse am religiösen Aufbau unseres Volkes hat, der sollte an diesem Vortragsdienst teilnehmen.

△ **Herrenalb**, 26. Febr. (Vom Schwarzwaldverein.) Im Hotel z. „Waldhorn hielt die Ortsgruppe Herrenalb des Württ. Schwarzwaldvereins am 24. Februar bei mäßigem Besuch ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Postinspektor Schübelin, gab nach herzlichen Begrüßungsworten den eingehenden Geschäftsbericht über ein arbeitsreiches Vereinsjahr, in welchem als hervorstechende Punkte die Hauptversammlung im Mai, die Gründung einer Jungschar und der Anschluß einer Schneeschuhabteilung zu erwähnen sind, Veranstaltungen, die ein außerordentlich hohes Maß von Arbeit erforderten. Daß die Hauptversammlung zu Herrenalb den Grundstein fügte für den Zusammenschluß zweier Hand in Hand arbeitender Nachbarn, des Badischen und Württembergischen Schwarzwaldvereins, soll als denkwürdig besonders hervorgehoben sein. Ein Ausflug mit der Bahn nach Schwetzingen und Heidelberg unter Teilnahme von 38 Personen ist heute noch in bester Erinnerung, ebenso der Schwarzwaldabend im Kursaal während der Hauptsaison; erbrachte er doch der Kasse die erwünschte Stärkung. Das Forstamt Ost hat gegenüber der Albsägemühle eine hübsche Unterstandshütte erstellt, das Forstamt West baute eine Verbindungsstrecke vom Schindelebeneweg zum Höhenweg Dobel—Teufelsmühle; beiden Amtsvorständen wird der Dank des Vereins ausgesprochen. Wächter Treiber auf der Teufelsmühle bewährt sich gut. Zur Verbesserung der Aussicht auf dem Bernstein sollen weitere Schritte unternommen werden. Ein junger Mann, der die dortige Orientierungstafel beschädigte, erhielt seine Strafe. Die Mitgliederzahl ist erfreulicherweise auf 208 angewachsen, ein deutlich sichtbarer Erfolg der rührigen Vereinsleitung. Die Jungschar hat in Hauptlehrer Kutsch-Gaistal einen neuen Führer bekommen; schon jetzt haben sich 42 Mitglieder um den prächtigen Wimpel geschart. Der erste Ausflug der Jungschar unter neuer Führung ging am Nachmittag über den Romweg nach Frauenalb und im Tale wieder heimwärts. Die um die Jahreswende ins Leben getretene Ski-Abteilung hat in Ausschußmitglied B. Zibold einen energischen Vorstand. Die Wegbezeichnung ist gut und ausreichend. Hohen Wert legt der Vorsitzende auf das Hauptarbeitsgebiet, das Wandern. Im ganzen sind 14 Wanderungen zu verzeichnen, die mit Ausnahme der Sommermonate rege Teilnahme zeigten. Wanderkarten und Wanderehrenzeichen wurden eingehend besprochen; mit letzterem können jetzt schon 14 Mitglieder bedacht werden. Den Kassenbericht erstattete Apotheker Tränkler; ihm wird unter allgemeinem Beifall Entlastung erteilt. Es folgen die Wahlen: Vorstand Schübelin einstimmig wiedergewählt, ein lebhaft zu begrüßendes Vertrauensvotum. An Stelle des seitherigen Ausschußmitglieds Sevier wird Forstmeister Rempvis gewählt. Wanderwart Karl Schweizer wird als Stellvertreter seines erkrankten Vaters in den Ausschuß berufen. Eine lebhafte Zwiesprache betraf einige untergeordnete Wünsche und Anregungen. Dankesworte des Vorsitzenden schlossen die anregende Versammlung. Möge auch in Zukunft der Weg der Ortsgruppe in aufsteigender Linie sich bewegen! Waldheil!

Unsere Kinder

sind Deutschlands Zukunft. Es ist deshalb unsere Pflicht, für Gesundheit und Kräftigung der Jugend zu sorgen.

Das geeignetste Mittel hierfür ist zweifellos die Kraftnahrung Ovomaltine. In wenigen Tagen schon zeigt sich das gute Resultat.

In Apotheken und Drogerien vorrätig; 250 Gr.-Büchse RM. 2.70, 500 Gr. RM. 5.—. Gratisproben und Drucksachen durch:

Dr. A. Wander, G. m. b. H., Osthofen-Rheinhessen.

Baden.

Rastatt, 28. Febr. Heute nachmittag gegen ½1 Uhr entstand im Dachgeschoß des hiesigen Rathauses über den Büroräumen des Tiefbauamtes ein Feuer, das wahrscheinlich durch einen schadhaften Kamin ausgebrochen sein dürfte. Das Deckengebälk des Tiefbauamts und auch der Speicherboden wurde von dem Feuer ergriffen, das auch auf ein Nebengebälk übergriff. Nach zweistündiger Arbeit vermochte die Feuerwehr des Brandes Herr zu werden. Der Wasserzufuhr stellten sich dadurch Schwierigkeiten entgegen, daß die vor dem Rathaus angebrachten Hydranten versagten.

Gutach bei Hornberg, 27. Febr. Einer der größten Bauernhöfe, ein Schmuck an der Schwarzwaldbahn, stand in Flammen: der sog. Markgrafenhof des Christian Moser. Das Vieh konnte bis auf 2 Ziegen und den Hühnerbestand gerettet werden, die übrigen Fahrnisse, Bestände und Vorräte verbrannten restlos, obwohl die Hornberger Feuerwehr mit ihrem ganzen Aufgebot sofort zur Stelle war.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Börse. Die Börse lag in dieser Woche auf der ganzen Linie schwach und lustlos. In dem Maß, wie die Pariser Reparationsverhandlungen an das Hauptproblem heranrücken, nimmt die Zurückhaltung an der Börse zu. Besondere nisse im Reich. Dazu kam, daß die Börse stark unter den nisse im Reich. Dazu kommt, daß die Börse stark unter den Ultimoeinwirkungen zu leiden hatte. Es kam zuviel Prämienware zum Verkauf; der Markt war aber bei der allgemeinen Zurückhaltung wenig aufnahmefähig. Die Kurse waren daher fast allgemein gedrückt. Verstimmend wirkten auch die undurchsichtige Geldmarktlage, der große Geldbedarf des Reichs und die Zunahme der Passivität des deutschen Außenhandels. Vom Ausland und vom Publikum lagen so gut wie keine Aufträge vor. Besonders am Farbenmarkt kam viel Material heraus. Gedrückt waren vor allem Elektropapiere, Autowerte, Bankaktien. Auch Kaliwerte und Montanaktien verloren. Schiffahrtswerte waren bei kleinsten Umsätzen widerstandsfähig. Der Rentenmarkt war geschäftslos und überwiegend unsicher.

Geldmarkt. Die Geldmarktslage ist seit dem letzten Medio angespannt. Der Grund hiefür liegt vor allem in der überraschenden Emmission von 155 Millionen neuer Reichsschatzanweisungen, so daß trotz der geringeren Ansprüche der Börse und der Wirtschaft der Monatsultimo nicht so leicht überwunden werden kann. Tagesgeld ist zwar reichlich vorhanden, doch sind die Sätze erhöht. Tagesgeld über Ultimo notierte 7½ bis 9 Prozent, Monatsgeld 7 bis 8 Prozent. Mit der Erhöhung des Privatdiskontsatzes auf 6½ Prozent ging auch eine Verteuerung für Warenwechsel einher, ohne daß aber nennenswerte Verkäufe erfolgt sind. Die weitere Geldlage ist unsicher. Man rechnet damit, daß bei der schwierigen Kassenlage des Reiches weitere Schatzanweisungen ausgegeben werden, ferner, daß bei den hohen Newyorker Zinssätzen Rückziehungen von Auslandsgeldern erfolgen, wodurch der deutsche Markt erheblich beengt würde.

Produktenmarkt. An den Getreidebörsen herrschte große Geschäftslosigkeit. Erwartungen auf Beseitigung der Transportschwierigkeiten durch das Tauwetter und auf stärkere Zufuhren gaben den Verkäufern Anlaß zu größerer Nachgiebigkeit bei ihren Preisforderungen. An der Stuttgarter Landesproduktenbörse blieben Wiesenheu und Stroh mit 11 bzw. 6 Mk. pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 219 (unv.), Roggen 207 (— 1), Futtergerste 202 (unv.), Hafer 205 (— 1) Mark je pro Tonne und Weizenmehl 29¾ (— ⅛) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Großhandelsindexziffer ist mit 140,0 gegenüber der Vorwoche (139,5) um 0,4 Prozent gestiegen. Höher waren vor allem Agrarstoffe. Auf den Häuteauktionen hat sich der Preisrückgang fortgesetzt. Das Ledergeschäft ist unverändert. Am Eisenbahnexportmarkt waren die Preise wieder schwächer. Der Kohlenbergbau verzeichnete infolge der strengen Kälte in den letzten Wochen eine starke Saisonbelebung. Der deutsche Außenhandel zeigte im Januar nur eine geringe Steigerung der Ausfuhr, dagegen eine starke Zunahme der Einfuhr. Die Gesamtpassivität betrug im Januar 214 Millionen Mk. gegenüber 122 Millionen Mk. im Dezember.

Viehmarkt. An den Schlachtviehmärkten herrschte in dieser Woche eine wesentlich geringere Nachfrage, so daß die Preise sich verschiedentlich Abstriche gefallen lassen mußten. Schwächer lagen vor allem Kälber, weniger Schweine, während Großvieh im Preis sich behaupten konnte.

Holzmarkt. An den Rundholzmärkten ist das Geschäft eher zurückgegangen, dagegen zeigt sich am Papierholzmarkt reges Geschäft und größerer Umsatz. Die Preise sind aber nicht befriedigend. Bauholz ist wenig gefragt. Bretter zeigen eine ruhige Haltung.

Neueste Nachrichten.

Singen, 1. März. Heute morgen wurde die große Lager- und Reparaturhalle der Automobilfirma Bölle, Vollmer u. Co. durch ein Großfeuer eingeäschert. Infolge der Kälte konnte die Feuerwehr das große mehrstöckige Gebäude nicht retten, sondern mußte sich auf den Schutz der angrenzenden Gebäude beschränken. Der Brand dürfte auf einen Vergaserbrand zurückzuführen sein. Zahlreiche, in der Halle eingestellte Privatwagen sind verbrannt. Der Schaden ist sehr groß.

Hörde, 1. März. Die Meldung, daß Gefangenen des inzwischen geschlossenen Amtsgerichtsgefängnisses Nachturlaub erteilt und daß ihnen ihre Kleidung hierzu ausgehändigt worden sei, ist unrichtig. Es trifft zu, daß Gefangene eigenmächtig während der Nacht das Gerichtsgefängnis verlassen haben, wahrscheinlich unter Benutzung von Dietrichen. Es handelt sich um ein kleines Gerichtsgefängnis mit einer Durchschnittsbelegung von sechs Leuten, bei denen nur ein Aufsichtsbeamter tätig war. Dieser ist vorläufig seines Amtes enthoben worden; das Disziplinarverfahren gegen ihn ist eingeleitet.

Andernach, 1. März. Zwischen den Orten Kruft und Kretz hat sich gestern auf der Landstraße ein Bodeneinbruch von sieben Metern Tiefe ereignet. Es handelt sich bei der Einbruchstelle um ein großes unterirdisches Gewölbe, das aus vorgeschichtlicher Zeit stammt und anscheinend als Basaltgrube diente. Die Straßensenkung vollzog sich auf einer Länge von 40 Metern bei 5 Meter Breite. Infolge des durch die Straßensenkung hervorgerufenen Bruches der Wasserleitung ist das Dorf Kretz völlig ohne Wasser.

Berlin, 1. März. Die deutsche Delegation für die Märztagung des Völkerbundsrates, deren Zusammensetzung bereits bekanntgegeben wurde, ist heute abend um 8.20 Uhr unter Führung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann von Berlin nach Genf abgereist. Zum Abschied hatten sich am Bahnhof verschiedene deutsche und ausländische Diplomaten eingefunden.

Berlin, 1. März. Nachdem erst vorgestern in der 5. und letzten Klasse der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie das große Los gezogen worden war, warf das Glücksrad auch heute wieder einen sehr erheblichen Gewinn im Betrage von 300 000 Mark auf das Los Nr. 138 122 aus. In Abteilung 1 wurde das Los in Berlin, in Abteilung 2 in Landshut in Bayern gespielt. Berlin spielte in Vierteln, sodaß jeder der glücklichen Gewinner einen Nettobetrag von je 60 000 Mark ausgezahlt erhält.

Berlin, 1. März. In einer Kleinen Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter wurde ausgeführt, der Bürgermeister Mielitz vom Bezirksamt Friedrichshain habe in einer öffentlichen Versammlung ausgeführt, er verstehe es nicht, daß es noch heute Beamte gebe, die dem Stahlhelm angehören. Er lasse zur Zeit prüfen, ob sich dies mit den Pflichten eines Beamten vereinbaren läßt. Die Anfragenden baten das Staatsministerium, den Vorgang zu untersuchen und die erforderlichen Schritte gegen den Bürgermeister Mielitz im Dienstaufsichtswege zu veranlassen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, heißt es in der Antwort des preußischen Ministers des Innern: „Nach dem ganzen Verhalten des Stahlhelms und seiner Führer in letzter Zeit ist es durchaus verständlich und pflichtgemäß, daß der Bürgermeister Mielitz in Erwägung gezogen hat, die ihm unterstellten Beamten zum Austritt aus dem Stahlhelm aufzufordern, weiter hat er nach dem vorliegenden Bericht auch nichts getan. Maßnahmen gegen den Bürgermeister im Dienstaufsichtswege kommen nicht in Betracht".

Berlin, 1. März. Reichsminister Külz hat einen offenen Brief an den Reichskanzler gerichtet, in dem er ihn auffordert, ein Ministerium eventuell unter Heranziehung von Nichtparlamentariern zu bilden und mit ihm vor den Reichstag zu treten. — Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, in Sachen des Held-Interviews mit dem Korrespondenten der „Chicago Daily News" eine Interpellation im Reichstage einzubringen, die sich im besonderen auf die Aeußerungen Helds in der Anschlußfrage beziehen wird. — Exzellenz Wilhelm von Bode, der Kunstforscher und Organisator der Berliner Museen, ist heute früh im 84. Lebensjahre gestorben.

Paris, 1. März. Die Kammer hat sich am Freitag mit 570 gegen 12 Stimmen für die Ratifizierung des Kelloggpaktes ausgesprochen. Die 12 Stimmen der Opposition entfallen auf die Kommunisten und einige Abgeordnete der äußersten Rechten.

Brüssel, 1. März. Die belgische Telegraphenagentur meldet: Wir fragten den Kriegsminister Graf v. Broqueville, was man von der Verwendung seines Namens in dem gestern von dem „Utrechter Tageblatt" veröffentlichten neuen Dokument denken sollte. Der Minister zuckte mit den Achseln und antwortete, dies sei eine Fälschung wie die anderen. Die angebliche Konferenz des französischen und des belgischen Generalstabs sei in allen Stücken erfunden, ebensowohl im September 1927, wie an jedem anderen Datum.

Haag, 1. März. Die zweite Kammer hat heute nachmittag mit allen gegen zwei Stimmen den Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Beitritts der Niederlande zum Kelloggpakt angenommen.

London, 1. März. Der englische Dampfer „Tritonia", der eine Dynamit- und Gasolinladung an Bord hatte, ist am Donnerstag im Hafen von Buena Ventura in Columbien in die Luft geflogen. Der Kapitän und zwei Offiziere haben dabei den Tod erlitten. Die übrige Besatzung befand sich zur Zeit der Explosion nicht an Bord. Der Dampfer wurde völlig zerstört. Ein Leichter, der neben der „Tritonia" lag, fing Feuer und verbrannte.

Athen, 1. März. Der deutsche Gesandte hat bei der Regierung um die Genehmigung einer für den 28. ds. Mts. geplanten Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin" über Griechenland nachgesucht.

Kapstadt, 1. März. Das südafrikanische Parlament hat den Handelsvertrag mit Deutschland mit 62 gegen 51 Stimmen ratifiziert.

Der Ruhegehalt der Ortsvorsteher

Stuttgart, 1. März. Bei Beratung der Gemeindeordnung wurden heute im Landtag zunächst die Artikel 117 und 118 behandelt. Es kam dabei zu einer sehr erregten Aussprache über die Frage des Ruhegehalts des Ortsvorstehers im Falle seiner Nichtwiederwahl. Vom Bauernbund wurde beantragt (Absatz 3 des Artikels 117): Der Ruhegehalt ist zu gewähren: a) auf die Dauer von 2 Jahren nach mindestens 10jähriger Dienstzeit als Ortsvorsteher, b) auf Lebenszeit nach mindestens 25jähriger Gesamtdienstzeit als Ortsvorsteher oder nach mindestens 30jähriger pensionsberechtigter Gesamtdienstzeit, sofern der Ortsvorsteher das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat. Vor erreichtem 65. Lebensjahr werden für jedes zu diesem Alter fehlende Jahr 2 Prozent am Versorgungseinkommen gekürzt. Der Abg. Küchle (Ztr.) beantragte die Gewährung des Ruhegehalts: a) auf die Dauer von 5 Jahren nach mindestens 10jähriger Dienstzeit als Ortsvorsteher, b) auf Lebenszeit wenn der Ortsvorsteher bei Ablauf seiner Wahlzeit das 55. Lebensjahr zurückgelegt hat, c) auf Lebenszeit nach mindestens 20jähriger Gesamtdienstzeit als Ortsvorsteher oder nach mindestens pensionsberechtigter Gesamtdienstzeit. Der Abg. Rath (D. Vp.) trat lebhaft für eine Sicherung der Ortsvorsteher ein. Gerade jene Ortsvorsteher, die ihr Amt am gewissenhaftesten ausüben, müßten befürchten, nicht wiedergewählt zu werden. Kein Stand sei so sehr der öffentlichen Kritik ausgesetzt wie der Ortsvorsteher. Der Abg. Winker (Soz.) wies darauf hin, daß dem nichtwiedergewählten Ortsvorsteher immer noch die Wiederverwendung im Bezirks- oder Staatsdienst bleibe. Der Abg. Küchle (Ztr.) erklärte, man müsse für den Ortsvorsteher tun, was im Rahmen des Möglichen liege. Der Abg. Fischer (Dem.) erklärte, es sei schwer, einem Großteil der Bevölkerung die weitgehenden Lebenssicherungen der Beamten plausibel zu machen. Staatspräsident Dr. Bolz vertrat auch die Auffassung, daß die eigenartige Stellung der Ortsvorsteher eine gewisse materielle Sicherung erfordere. Die Beteiligung der Gemeinden an den Leistungen für nichtwiedergewählte Ortsvorsteher habe den guten Sinn, daß dann kein allzuhäufiger Wechsel eintrete. Nach weiterer Aussprache wurde der Antrag des Bauernbunds mit 37 Stimmen der Rechten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen 26 Stimmen angenommen, womit der Antrag Küchle erledigt war. Die eigenartige Parteikonstellation bei dieser Abstimmung erklärte der Abg. Ulrich (Soz.) näher dahin, daß die Sozialdemokratie nur deshalb für den Antrag des Bauernbunds gestimmt habe, um an diesem politische Erziehungsarbeit zu leisten. Die Regierungsparteien hätten in erster Linie die Pflicht gehabt, die Vorlage ihres Ministers zu decken. Bei der weiteren Abstimmung wurden die Artikel 117 und 118 dann abgelehnt, so daß in dieser Frage ein Vakuum entstanden ist. In der dritten Lesung soll nun die Frage wieder aufgegriffen werden. Man erledigte dann noch die Artikel 131 bis 138. Dienstag Fortsetzung der Beratung.

Die Heilbronner Rede des Kultministers Dr. Bazille.

Heilbronn, 1. März. Da ein Teil der Presse unrichtige Mitteilungen über die Rede des Kultministers in Heilbronn bringt, so sei folgendes festgestellt: Kultminister Dr. Bazille hat in seiner Heilbronner Rede folgendes ausgeführt: „Bei jeder Reform werden Interessen angetastet, die heftigen Widerstand leisten und so wird auch der beste Gedanke nur schwer durchdringen. Vielleicht wird aber die zunehmende Not und die Entwicklung der Verhältnisse einmal dazu zwingen, die Vereinfachung und Verbilligung mit einer gewissen Diktatur durchzuführen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich aber bemerken, daß ich diesen Weg nicht erstrebe." Aus dem Wort „gewissen" ergibt sich, daß damit ein Ermächtigungsgesetz gemeint war und nicht die allgemeine Diktatur. Der Schluß der Rede hatte folgenden Inhalt: „In einer Zeit zunehmender Verwirrung und wachsender Gefahren muß man darauf bedacht sein, diejenigen Teile des Reiches zu festigen, in denen dies möglich ist. Deshalb liegt die Erhaltung der gegenwärtigen oder einer ähnlichen Regierung nicht nur im Interesse des Landes, sondern auch im Interesse des Reiches. Württemberg muß zu den Spalieren gehören, an denen sich die erhaltenden Kräfte des deutschen Volkes emporranken können." Von der Notwendigkeit einer Diktatur oder der Wahrscheinlichkeit des staatlichen oder wirtschaftlichen Zusammenbruchs im Jahr 1929 hat der Kultminister mit keinem Wort gesprochen.

Bayern gegen ein Reichsverwaltungsgericht.

München, 1. März. Im bayerischen Landtag erklärte der Innenminister Stützel in seiner Ressortrede, daß die bayerische Regierung nach wie vor eine ablehnende Haltung gegen die Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts einnehme. Die Polizeihoheit müsse unbedingt Sache der Länder bleiben, ebenso wie die Erhaltung der Hoheit auf dem Gebiet der inneren Verwaltung, Kulturverwaltung und Justizverwaltung. Für die Verreichlichung der Polizei sei auch keinerlei sachliche Notwendigkeit gegeben.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Zwischenfall im bayerischen Landtag.

München, 1. März. Im Landtag kam es am Schluß der heutigen Sitzung bei persönlichen Erklärungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Streicher und des sozialdemokratischen Abgeordneten Giermann, die eine Reihe persönlicher Beschuldigungen gegeneinander erhoben, zu einem Zwischenfall. Der Präsident Königbauer griff in die Auseinandersetzung ein, weil nach seiner Meinung genug im Morast gewühlt worden sei. Er halte es für einen Schaden für das Parlament, wenn das Niveau derartig sinke und persönliche Angriffe solcher Art erhoben würden. Gegenüber dem Protest des Fraktionsvorsitzenden der Nationalsozialisten gegen diese Maßnahme des Präsidenten ließ der Präsident über seine Maßnahme abstimmen mit dem Ergebnis, daß sich sämtliche Parteien des Hauses mit Ausnahme der Kommunisten, Nationalsozialistischen und Deutschnationalen für die Maßnahme des Präsidenten aussprachen. Abgeordneter Streicher, der inzwischen fortgesetzt in Zwischenrufen Kritik an der Geschäftsführung des Präsidenten übte, wurde von diesem schließlich nochmals zur Ordnung gerufen und aufgefordert, sofort den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung leistete Streicher auch Folge. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Abberufung Pregers?

München, 1. März. Die „Münchener Zeitung" bringt in ihrer Freitagausgabe eine ihr aus Berlin übermittelte Nachricht, die sie, wie sie erklärt, trotz „vertrauenswürdiger Quelle" mit einigen Zweifeln aufgenommen habe, die aber mit solcher Bestimmtheit auftrete und so sicher mit Gründen belegt sei, daß sie es nicht verantworten zu können glaubt, diese Mitteilung zurückzuhalten. Es heißt dann: Es wird mit aller Bestimmtheit berichtet, daß ein fester Beschluß der bayerischen Regierung vorliege, den bayerischen Gesandten in Berlin, Herrn von Preger, abzuberufen. Nur über den Zeitpunkt der Abberufung sei noch keine Bestimmung getroffen worden und man behalb nicht, um nicht den falschen Schluß zuzulassen, Herr von Preger sei wegen der bekannten Vorgänge der letzten Wochen seines Amtes enthoben und somit ein Opfer von mancherlei Unstimmigkeiten zwischen München und Berlin geworden. In Wirklichkeit seien die Gründe grundsätzlicher Natur und auch die Anfänge der Münchener Unzufriedenheit mit dem Wirken der bayerischen Gesandtschaft in Berlin lägen weit weiter zurück. Man habe schon lange in der bayerischen Regierung den Eindruck einer unzulänglichen Vertretung und Unterstützung der bayerischen Politik in Berlin gehabt, besonders seitdem der Kampf Bayerns um seine staatliche Existenz und sein staatswirtschaftliches Lebensrecht immer stärkere Formen annahm. Es wird bezweifelt, daß Herr von Preger die Bedeutung gerade dieser Verhandlungen so innerlich mitfühle, wie das zu wirkungsvoller Vertretung unbedingt notwendig sei. Da auch die bayerische Wirtschaft und zwar Industrie wie Landwirtschaft die Besonderheit ihrer Randlage im Reich und die damit zusammenhängenden Erschwerungen ihrer Arbeit in Berlin nicht energisch genug vertreten sehe, würde es auch von dieser Seite, um es gefällig auszudrücken, gern gesehen werden, wenn eine Aenderung in der bisher geübten Vertretungsmethode einträte. Eine Bestätigung dieser Nachricht war von Münchener amtlicher Seite bis zur Stunde noch nicht zu erhalten.

Berlin, 2. März. Dem „Berliner Tageblatt" zufolge verlautet, daß als Nachfolger für den bayerischen Gesandten von Preger in Berlin der Abgeordnete und frühere Justizminister Emminger in Aussicht genommen sei. Allerdings sind noch eine ganze Reihe weiterer Kandidaten vorhanden, jedoch werden die Aussichten Emmingers als recht gut bezeichnet.

Die Anträge der Deutschen Volkspartei dem Rechtsausschuß überwiesen.

Berlin, 1. März. Der Reichstag beschloß in seiner Freitagsitzung auf Antrag seines sozialpolitischen Ausschusses, den über 40 Jahre alten Angestellten im Falle der Arbeitslosigkeit Altrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren, sobald sie in der Erwerbslosenversicherung ausgesteuert sind. Die Anträge der Deutschen Volkspartei zur Verfassungsreform wurden nach Abschluß der Aussprache an den Rechtsausschuß verwiesen, die Novelle zur Reichshaushaltsordnung an den Haushaltsausschuß. In der nächsten Sitzung am 13. März werden Nachtragshaushalt und Haushalt für 1929 beraten. In der Aussprache über die Tagesordnung verlangten Dr. Frick (Natsoz.) und Graf Westarp (D.N.) eine schleunige Regierungserklärung zu den Enthüllungen über das belgisch-französische Militärabkommen. Dieses Abkommen bedeute einen völligen Zusammenbruch der Politik des Außenministers. Von einer Teilnahme an den Genfer Verhandlungen könne man sich unter diesen Umständen keinen praktischen Erfolg versprechen. Vizepräsident v. Kardorff erwiderte, der Außenminister, der bereits auf dem Wege nach Genf sei, werde sicher nach seiner Rückkehr diese Dinge besprechen.

Die Große Koalition endgültig gescheitert.

Berlin, 1. März. Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die gestern in Aussicht genommene zweite Besprechung mit dem Fraktionsführer der gegenwärtig in der Regierung vertretenen Parteien über die Schaffung fester Regierungsverhältnisse statt. An der Besprechung nahmen auch die Vertreter des Zentrums, Abg. Dr. Stegerwald und Abg. Giesberts teil. Der Reichskanzler unterbreitete den Vertretern der 5 Fraktionen nachstehenden Entwurf zur gemeinsamen Schlußfassung: 1. Die 5 Fraktionen des Reichstags unterstützen die Regierung der Großen Koalition. 2. Sie gehen dadurch koalitionsmäßig die Verpflichtung ein, der Reichsregierung mit allen Kräften zu helfen, die gegenwärtig schwebenden bedeutsamen politischen Aufgaben in gemeinschaftlicher Arbeit zu lösen. Die koalitionsmäßige Bindung bedeutet nicht ein Festlegen der einzelnen Fraktionen auf Gesetzentwürfe in ihrer gegenwärtigen Gestalt. Vielmehr hat jede der 5 Fraktionen das Recht, ihre etwa abweichende politische Auffassung im Rahmen der gemeinschaftlichen Koalitionsarbeit zur Geltung zu bringen mit dem Ziel, daß dieser Versuch zu einer Einigung führt. 3. Um das in Ziffer 1 umschriebene Ziel zu erreichen, werden 2 Ausschüsse gebildet, einer für allgemeine politische Fragen des Reichshaushalts und der Steuerpolitik. 4. Der erste Ausschuß tritt zusammen, sobald der Reichskanzler oder einer der Reichsminister oder eine der beteiligten Fraktionen dies wünscht. Die 5 Fraktionen werden einer solchen Einladung entsprechen. Der zweite Ausschuß zur Beratung der Fragen des Reichshaushalts und der Gestaltung der Steuern tritt unter dem Vorsitz des Herrn Reichsministers der Finanzen sofort zusammen. Den 5 Fraktionen bleibt es unbenommen, sich in diesem Ausschuß neben den Fraktionsvorsitzenden durch Abgeordnete mit besonderer Sachkenntnis auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiete vertreten zu lassen. Diesem Ausschuß liegt die Aufgabe ob, den Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1929 für die Abstimmungen im Reichstag entscheidungsreif zu machen. Die 5 Fraktionen sind einig in dem Bestreben, den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 so sparsam als möglich zu gestalten und werden zu diesem Zweck durch Abstriche neue Steuern nach Möglichkeit zu vermeiden suchen. Diesem Ausschuß werden auch die Vorschläge des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei zur Prüfung überwiesen. 5. Die 5 Fraktionen sind sich darin einig, daß im Laufe des März jedenfalls der Nachtragshaushalt 1928 und ein Notetat für die ersten Monate des Etatjahres 1929 erledigt werden müssen. Ebenso soll nach Erledigung des Reichshaushaltplanes 1929 durch den Reichsrat noch die erste Lesung dieses Haushaltsplanes im März im Reichstag stattfinden, damit den unter Ziffer 4 Absatz 2 erwähnten Ausschußberatungen die verhandlungstechnische Basis gegeben wird.

In der sich anschließenden Aussprache erklärten die Vertreter des Zentrums, daß ihre Fraktion voraussichtlich bereit sein werde, auf dieser Grundlage wieder in die Regierung einzutreten. Dagegen erklärte der Abg. Dr. Scholz, daß die Deutsche Volkspartei zwar mit den in den Ziffern 2 bis 5 dargestellten Zielen einverstanden sei, dagegen vor völliger Klärung der Etats- und Steuerfragen eine irgendwie geartete festere Bindung zur Regierung im Sinne der Ziffern 1 und 2 nicht zugestehen könne. Nach dieser Erklärung mußte der Reichskanzler am Schlusse der Aussprache feststellen, daß der Versuch zur Schaffung der Großen Koalition im Reich zurzeit als gescheitert anzusehen sei, und er nun weitere Schritte nach dieser Richtung nicht mehr unternehmen werde. Die Reichsregierung werde, wie bisher, gegenüber Anträgen der Parteien, die sie nicht verantworten könnte, ihre ablehnende Haltung auf alle Konsequenzen hin klar zum Ausdruck bringen. Der Reichskanzler wird dem Herrn Reichspräsidenten über den Ausgang der Verhandlungen Bericht erstatten.

Das Scheitern der Bemühungen des Kanzlers wird, den Blättern zufolge, den Rücktritt der Reichsregierung nicht zur Folge haben. Die jetzige Regierung wird den Etat vor dem Reichstagsplenum vertreten.

Die Berliner Presse zu dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen.

Der „Vorwärts" schreibt: Die Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition im Reich sind gestern von der Deutschen Volkspartei gesprengt worden. Der Reichskanzler wird am 13. März vor den Reichstag treten und ihm den Haushalt-Vorschlag für 1929 vorlegen. Das bedeutet eine Aufforderung zur sachlichen Arbeit. Falls nicht bis zum 13. März noch irgendeine Wendung eintritt, wird sich ein eigentümlicher Zustand ergeben. Die Regierung Müller-Stresemann-Curtius wird einen Etat vertreten, der von der Fraktion Stresemann-Curtius bekämpft wird. Es muß der Versuch gemacht werden, im Plenum und im Haushaltsausschuß durchzusetzen, was bei den langwierigen Verhandlungen hinter den Kulissen nicht erreicht werden konnte: die Verabschiedung eines Reichshaushalts ohne Defizit innerhalb einer möglichst kurzen Zeit. Die Reichsregierung wird öfter als einmal genötigt sein, Forderungen an den Reichstag zu stellen, mit denen sie steht und fällt. Und dann müssen die Parteien wissen, was sie zu tun haben! Die Regierung zu stürzen und eine neue an ihre Stelle zu setzen, ist ihr gutes Recht. Aber sie müssen, daß sie für das, was sie tun, vor dem Volke die Verantwortung tragen. In der „Germania" wird ausgeführt: Die beiden der Deutschen Volkspartei zugehörenden Reichsminister Stresemann und Curtius haben offenbar in der Formulierung des Kanzlers eine ausreichende Garantie erblickt, denn sie haben seinen Vorschlag gebilligt und waren demnach für ihren Teil der Meinung, daß auf seiner Grundlage auch für die Deutsche Volkspartei eine Beteiligung an der Koalitionsregierung möglich wäre. Im Gegensatz zu dieser Auffassung hat der Fraktionsführer Dr. Scholz auf der Forderung bestanden, daß vor der Bildung der Koalition eine völlige Klärung der Etat- und Steuerfragen erfolgen müsse. Wenn die Deutsche Volkspartei wirklich auch gestern noch eine arbeitsfähige Reichsregierung schaffen wollte, dann gab es nur den Weg, den auch der Vorschlag des Kanzlers gehen wollte. Scholz hat dies abgelehnt und zwar unter solchen Umständen, die kaum noch einen Zweifel daran lassen, daß der Deutschen Volkspartei gegenwärtig der ernste Wille fehlt, die Reichsregierung zu sachlicher Arbeit und starker politischer Führung zu befähigen. Die „Vossische Zeitung" urteilt: Es muß das letzte Mal gewesen sein, daß in diesen Formen mit den Fraktionen über eine Kabinettsbildung verhandelt worden ist. Die Entschließung der demokratischen Fraktion, die das fordert, daß mit dem Fraktionsspiel endlich Schluß gemacht wird, spricht nur aus, was Millionen von Wählern finden, die nicht wollen, daß zum Schaden der Republik mit dem parlamentarischen System derart Schindluder getrieben wird. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt: Der Reichskanzler muß jetzt zeigen, ob er auch ohne die koalitionsmäßige Stütze, die wir dem Kabinett gern verschafft hätten, unter Ueberwindung der Parteigegensätze und den Hemmungen seiner eigenen Fraktion zu führen versteht. Im Gegensatz hierzu ist der „Lokalanzeiger" der Meinung, daß die Sozialdemokratie den Anspruch auf die Führung der Reichsgeschäfte ungesäumt fallen lassen müsse, denn die Parteien, die sie brauche, um eine solche Führung praktisch geltend machen zu können, hätten sich ihr versagt.

Zu den neuen Enthüllungen des „Utrechtsch Dagblad".

Rotterdam, 1. März. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt zu den neuen Enthüllungen des „Utrechtsch Dagblad", daß nunmehr nur noch sehr wenige Menschen an der Echtheit des Stückes zweifeln könnten. Allerdings bleibe im Hinblick auf die im englischen Parlament gegebene Regierungserklärung auch nach der gestrigen vollständigen Veröffentlichung des Geheimdokuments noch ein Punkt unaufgeklärt, nämlich die Frage des belgisch-englischen Militärabkommens vom Jahr 1927, das in dem Dokument mehrfach erwähnt werde. Beruht dieses Dokument auf der Phantasie der belgischen und französischen Generäle? Wir können es nicht entscheiden, sagt das Blatt, doch die ausländischen Zeitungen, die danach verlangten, die „Fälschungen" des „Utrechtsch Dagblad" zu demaskieren, haben nun jedenfalls das, was sie gewünscht hatten: Ein vollständiges Stück mit den notwendigen Namen. Eine Untersuchung, eine „Demaskierung" kann also ihren Verlauf nehmen. Wir bitten ab.

Unerträgliche Hitze in Argentinien.

Während Europa immer noch im Banne strenger Winterkälte erschauert, wird aus Argentinien unerträgliche Hitze gemeldet. In Buenos Aires ist das Thermometer bis auf mehr als 100 Grad Fahrenheit gestiegen. Das städtische Freibad im Platafluß ist überfüllt mit Menschen, die in dem Wasser etwas Abkühlung und Schutz gegen die Sonnenglut suchen. Das argentinische Kriegsministerium hat angeordnet, daß die Offiziere an ihren Uniformröcken statt des geschlossenen hohen Kragens den niedrigen offenen Kragen tragen dürfen, der im Heere der Vereinigten Staaten üblich ist. Diese ganz außergewöhnliche Maßregel beweist am besten, welchen ungewöhnlichen Grad die Hitze in Argentinien gegenwärtig angenommen hat.

Die Unsitte der Verwendung ausländischen Holzes. Die Unsitte der Verwendung ausländischen Holzes scheint immer weiter um sich zu greifen. Wie man hört, kommt selbst mitten in Waldgebieten (z. B. im Schwarzwald) Auslandholz zur Verwendung. Sogar waldbesitzende Gemeinden sollen beim Bau von Schulhäusern usw. Auslandsholz verwendet haben. Eine Gemeinde, die selbst ansehnlichen Waldbesitz hat, zieht es z. B. vor, die Schulräume mit Pitchpine-Böden zu belegen, anstatt hierzu deutsche Eiche oder Buche in Parkett, oder Langriemenform zu verwenden. Dabei sind die Pitchpine-Böden erheblich teurer als einheimische Langriemen. Aehnliche Vorkommnisse sind auch bei der Erstellung staatlicher Bauten zu beobachten gewesen. Hier ist es Aufgabe der Gemeinden, von den Architekten die Verwendung deutschen Holzes zu fordern.

Rasch überführter Straßenräuber. In Coutances wollte ein Kassenbeamter auf seinem Fahrrad verschiedene Kunden besuchen, um Wechsel einzukassieren, als er plötzlich von einem Banditen, der ihn mit einem Revolver bedrohte, mit den traditionellen Worten angehalten wurde: Geld oder Leben. Der Kassenbeamte glaubte zuerst, es handle sich um einen Scherz, um so mehr, als er in dem Banditen, der sich das Gesicht verhüllt und den Hut über die Augen gezogen hatte, einen Freund zu erkennen glaubte. Er mußte sich aber bald Rechenschaft geben, daß der Ueberfall ernst war. Unter fortwährenden Drohungen nahm ihm der Bandit die Ledertasche ab, in der sich für mehr als 10 000 Franken bares Geld befand. Der Ueberfallene begab sich auf die Polizei und erzählte das Mißgeschick, wobei er auch erwähnte, er habe zuerst an einen schlechten Witz seines Freundes geglaubt. Die Polizei ging dieser Spur nach. Tatsächlich stellte sich heraus, daß der Betreffende den Ueberfall unternommen hatte. Im Kreuzverhör gestand er den Raub ein und bezeichnete auch die Stelle, wo er unterdessen die Ledertasche mit dem Geld vergraben hatte.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung **Enztal** belegenen, im Grundbuch von Enztal Heft Nr. 89 Abt. I Nr. 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 und 4. Abt. I Nr. 1 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des

Johann Georg Theurer, Lammwirts von **Gompelscheuer,**
und seiner Ehefrau Christine Marie, geb. Seid

eingetragenen Grundstücke:

Geb. Nr. 14, 14a u. b: 10 a 87 qm Wohn- u. Wirtschaftsgebäude, die Wirtschaft zum „Lamm" in Gompelscheuer mit Scheuer, Wirtschaftsanbau, Kegelbahn, Schuppen, Hof und Wassergraben; gemeinderätlicher Anschlag RM.	40 300.—
Zubehörstücke (Wirtschaftsgerätschaften) im Anschlage von ca. RM.	11 300.—
P. Nr. 368/1: 81 a 19 qm Wiese, Wassergraben u. Steinriegel i. Spielberg RM.	3500.—
P. Nr. 370: 2 a 1 qm Wiese und Wassergraben,	
P. Nr. 373: 1 a 93 qm Wiese i. Spielberg RM.	200.—
P. Nr. 362: 2 a 72 qm Gemüsegarten daselbst RM.	300.—
P. Nr. 369: 4 a 52 qm Gras- und Baumgarten und Wiese daselbst RM.	400.—
P. Nr. 401: 28 qm Gemüsegarten im langen Haardt RM.	50.—
P. Nr. 361: 22 a 59 qm Acker und Steinriegel im Spielberg RM.	800.—
P. Nr. 363: 13 a 76 qm Acker und Steinriegel das. RM.	550.—
P. Nr. 398: 53 a 14 qm Acker und Oede im Langenhardt RM.	1 800.—
1/2 an P. Nr. 438: 62 a 90 qm Acker daselbst RM.	1 000.—

am **Dienstag den 12. März 1929, vorm. 9 Uhr,** auf dem Rathause in Enztal versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Sept. 1928 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die **Aufforderung,** Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Altensteig, den 15. Januar 1929.

Kommissär: Bezirksnotar Buck.

Grunbach.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zu meinem **Wohnhaus-Neubau** habe ich die

Betonier-, Maurer- u. Steinhauer-, Zimmer-, Flaschner-, Schmied-, Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Anstrich- und Treppenarbeiten

im Submissionsweg zu vergeben.

Pläne, Kostenvoranschlag und Bedingungen sind in meiner Wohnung zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote bis **Donnerstag den 6. März, vorm. 12 Uhr,** bei mir eingereicht werden.

Zuschlagsfrist: Acht Tage.

Grunbach, den 26. Februar 1929.

Alb. Seidel, Goldarbeiter.

Neuenbürg.

Zur Konfirmation

empfehle meine

Rot- und Weißweine

verschiedener Jahrgänge,

sowie **Sekte**

in nur guten Qualitäten zu billigen Preisen.

Telef. 100. Gg. Schaude, Weinhandlg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Tuberkulose des Rindviehs.

Das häufige Auftreten der Tuberkulose des Rindviehs im Bezirk Neuenbürg gibt Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen:

Offene Tuberkulose, d. h. eine solche Tuberkulose, durch die andere Tiere angesteckt werden können, **unterliegt der seuchenpolizeilichen Bekämpfung.** Am wichtigsten ist Tuberkulose der Lunge und des Euters. Zeigt sich bei einem Tier chronischer Husten mit Rückgang im Ernährungszustand bei derber Beschaffenheit der Haut oder treten am Euter harte schmerzlose Anschwellungen eines oder mehrerer Euterviertel oder Knoten im Euter mit Störung der Ernährung, anfänglich ohne sinnfällige Veränderung der Milch, auf, so besteht der Verdacht der Lungen- und Eutertuberkulose. **In diesen Fällen ist bei Strafvermeidung unverzüglich der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten.** Ergibt sich auf Grund der unentgeltlich vorgenommenen Untersuchung offene Tuberkulose, so wird Schlachtung angeordnet und die Entschädigung festgestellt. Diese wird von der Staatskasse und der Zentralkasse der Viehbesitzer geleistet und hat zur Voraussetzung, daß das Tier mindestens ein Jahr lang württ. landwirtschaftlichen Betrieben angehört hat.

Den Viehbesitzern wird dringend empfohlen, von dieser Entschädigung Gebrauch zu machen. Die Viehversicherungsvereine sind in diesen Fällen nicht verpflichtet, eine solche zu leisten. Sie ersetzen jedoch regelmäßig freiwillig den Differenzbetrag zwischen der staatlichen Entschädigung und derjenigen, die der Verein bei einem gewöhnlichen Schadenfall, bei dem er voll eintreten müßte, zu leisten hätte, so daß der Tierbesitzer auf keinen Fall Schaden erleidet. Bei nicht rechtzeitiger Anmeldung läuft der Tierbesitzer Gefahr, der Entschädigung ganz verlustig zu gehen.

Zum Zweck der möglichst frühzeitigen Feststellung tuberkulöser Rinder können die Viehhalter einem **freiwilligen Tuberkulosetilgungsverfahren** beitreten. Das Vieh wird hier regelmäßig (ca. zweimal im Jahre) auf Tuberkulose tierärztlich untersucht. Anmeldungen haben beim Oberamtstierarzt zu erfolgen. Näheres in der B.O. des Innenministeriums vom 2. 3. 1927, Reg. Bl. S. 93.

Im übrigen wird noch auf das in den Rathäusern aufgehängte Merkblatt über Tuberkulose des Rindviehs aufmerksam gemacht, in dem auch auf die Gefahr der Uebertragung der Rindertuberkulose auf den Menschen hingewiesen ist.

Neuenbürg, den 27. Februar 1929.

Oberamt: Lempp.

Amtsgericht Neuenbürg.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Margarethe Mössinger,** Witwe des Gottlieb Mössinger in **Sprollenhaus,** Stadtgemeinde Wildbad, ist, nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins, am 23. Februar 1929 aufgehoben worden.

Den 27. Februar 1929.

Landwirtschaftl. Ortsverein Birkenfeld.

Der Darlehenskassenverein ist bereit, die in unserer Generalversammlung gestellten Bedingungen — zwecks gemeinschaftlichen Einkaufs von Saat- und Düngemitteln etc. — einzugehen. **Wir fordern deshalb unsere Mitglieder auf, ihren Bedarf beim Darlehenskassenverein zu decken.**

Der Vorstand: Viktor Oelschläger.

Darlehenskassenverein Birkenfeld.

Mit Bezugnahme auf das vorstehende Inserat des Landwirtschaftlichen Ortsvereins empfehlen wir ab Lager: **Thomasmehl, Nitrophoska, Ammoniak, Kalisalz, Leinmehl, Maismehl, Kleie, Torfmull, Düngerkalk.**

Wir gewähren drei Monate Ziel oder 2% Rabatt bei Barzahlung.

Bestellungen, auch in **Kohlen und Briketts,** können jederzeit gemacht werden bei **Karl Wessinger,** Dietlinger Straße, **Viktor Oelschläger** oder auf dem Kassenzimmer.

Freiw. Feuerwehr Neuenbürg.

Am **Sonntag den 3. März d. J.,** nachmittags 2½ Uhr, findet im Gasthaus zur „Eintracht" unsere diesjährige

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht; 2. Kassenbericht; 3. Neuwahlen; 4. Anträge; 5. Verschiedenes.

Die Korpskameraden werden ersucht, angesichts der wichtigen Tagesordnung recht zahlreich zu erscheinen. Auch unsere Jubilare sind freundlichst eingeladen.

Der Verwaltungsrat.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität"

Gau 21 **Bezirk 15.**

Am **Sonntag den 3. März,** nachmittags ½2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Hirsch" in **Arnbach** unsere

Frühjahrs-Konferenz

statt. Außer der sehr wichtigen Tagesordnung findet ein **Vortrag über Verkehrsordnung** von Herrn Polizei-Oberleutnant **Fischer** aus Pforzheim statt.

Um vollzählige Beteiligung des Bezirkes bittet

die Bezirksleitung.

Pfinzweiler, 2. März 1929.

Todes-Anzeige.

Durch Gottes unerforschlichen Ratschluß wurde am Donnerstag mittag 1 Uhr mein herzensguter Sohn, unser lieber Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Hermann Reuter

im 34. Lebensjahre in die ewige Heimat abgerufen.

In tiefem Schmerz:

Die Mutter: **Marie Reuter,** Witwe, mit Angehörigen.
Familie Berweck.

Beerdigung: Sonntag nachmittag 3 Uhr in Pfinzweiler.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Montag den 4. März 1929,** vormittags 10 Uhr, kommt in **Schömberg** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:

Eine Universal-Maschine (Kreissäge) mit Motor.

Zusammenkunft am Rathaus in Schömberg.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Trefzger

MÖBEL

BEVORZUGT WEIL: PREISWERT GEDIEGEN UND GUT

AUSSTELLUNG IN

PFORZHEIM

Schloßberg

KARLSRUHE MANNHEIM FREIBURG I. BR. KONSTANZ RASTATT I. B. FRANKFURT-M STUTTGART

SÜDD. MÖBEL-INDUSTRIE

GEBR. TREFZGER G. M. B. H., RASTATT I. B.

Birkenfeld, den 28. Februar 1929.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme an dem schmerzlichen Verlust unserer nun in Gott ruhenden

Wilhelmine Dittus, geb. Becht,

für die Begleitung zur Ruhestätte und die vielen Kranzspenden, auch für die liebevolle Pflege der Krankenschwestern und für die Besuche und Liebesgaben während ihrer langen Leidenszeit sei allen herzlich gedankt, der Herr möge ihnen vergelten nach seinem Wort: Ich bin krank gewesen und ihr habt mich besuchet!

Die trauernden Hinterbliebenen.

Krieger-Verein Neuenbürg.

Unsere diesjährige

General-Versammlung

findet am **10. März 1929, nachmittags 5 Uhr,** im **Gasthof zum „Bären"** statt.

Tages-Ordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Ehrung der Jubilare, Neuwahlen, Sonstiges.

Etwaige Anträge sind drei Tage vorher beim Vorstand einzureichen.

Der Ausschuß.

Niebelsbach, den 2. März 1929.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder und Schwager

Jakob Roth,

Landwirt,

nach kurzem, schweren Leiden im Alter von 64 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Die Gattin: **Rosine Roth,** geb. Glauner,
Familie **Paul Wolfinger,**
Familie **Ernst Schempf,**
Familie **Ernst Müller,**
Familie **Gustav Roth.**

Beerdigung: Sonntag nachmittag 3 Uhr.

Neuenbürg, den 1. März 1929.

Danksagung.

Für die uns entgegengebrachte Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Mathilde Girrbach

sagen wir herzlichen Dank. Besonders danken wir allen denen, die sie während ihrer Krankheit besuchten und erquickten.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Girrbach und Angehörige.

Musikschule Neuenbürg.

Gründlichster Unterricht in allen Fächern

Abonnementspreis Mk. 1.80 pro Stunde.

Musikdirektor Müller.

Auskünfte kostenlos. Fernruf 181.

W. Gauß, Vorstadt-Neuenbürg

Hosenträger.

Neuenbürg.

Heute

Metzelsuppe

bei Kienzle z. „Adler".

Karl Förschler, Birkenfeld

Lederfette, Transfette.

Hypotheken- und Baugelder

zu 8% Zins

vermittelt bei höchster u. rascher Auszahlung zu günstigen Bedingungen

Fritz Müller, Neuenbürg.

Brunnenstr. 38.

Zu sprechen täglich von 5 Uhr ab, sowie Sonntag vormittags.

Strengste Verschwiegenheit!

Neuenbürg.

Die nächste

Mütterberatungsstunde

findet **Montag den 4. März nachm. von 2—3 Uhr,** im Kinderschulgebäude statt.

Fr. Schilling, Neuenbürg a. E.

Ski-Taschen-Handwerkzeug

Feldrennach.

Zu verkaufen 18 qm erstk.

Pflastersteine.

Karl Mayer,

Schreinermeister.

W. Bürkle, Neuenbürg

Vorstadt 267.

Kolonialwaren.

Zu verkaufen ein

Motorrad,

gute Marke, bereits neu, f. günstigem Preis. Anfrag. zu richten unter N. N. an d. Enztälergeschäftsstelle.

Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag, 3. März (S. Oeml.)
10 Uhr Predigt (Joh. 6, 47–5
Lied Nr. 418):
Dekan Dr. Megerle.
11 Uhr Christenlehre (Töchter):
Dekan Dr. Megerle.
8 Uhr Gemeinde-Abend im G meindehaus.
Mittwoch abends 8 Uhr Vo vortrag in der Kirche: Deut Mission in Armenien.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg.

Am Sonntag den 3. März (3. Fastensonntag.)
9 Uhr Predigt und Amt.
½2 Uhr Christenlehre und Andac

In Birkenfeld

10½ Uhr Predigt und hl. Me
Am Freitag abend ½8 Uhr Kre wegandacht.